

**Mythos Engagementpolitik –
Zum Primat des Parteienstaates gegenüber der Zivilgesellschaft.
Plädoyer für einen „Partizipations-Pathos“ und eine „Engagement-Ethik“¹**

*„Gewerkschaftsarbeit ist eben auch Party. Nur mit politischen Forderungen.“
Eine junge verdi-Engagierte, rbb 1.5.2013*

1. Die Sklerose der Parteien beruht auf einer langen Geschichte der programmatischen und personellen Auszehrung.

- Auf dem Weg eines zunehmenden Bedeutungsverlustes haben sich alle Parteien wahrnehmungs-immun und problem-resistent gezeigt. Die Frage, *warum* die Parteien weder auf Verdrossenheit noch auf Verachtung, weder auf Partei-Neugründungen noch auf Nichtwähler und Protestwähler reagieren, ist zentral. Aber unbeantwortet.

2. Langfristige Trends der Parteienentwicklung: auf dem Weg zur selbstverschuldeten Marginalisierung.

- Eine extreme Überalterung der Parteimitglieder und der gleichzeitige Ausblieb von neuem Nachwuchs führen zu einer personellen Ausdünnung in Parteien: „Je höher das Amt, desto geringer ist die Bereitschaft zu Innovation und Risiko innerhalb der Partei.“ (Benjamin Höhne, Uni Trier). Das Prinzip der Loyalität herrscht über der Bestenauslese.
- In der „Basis“ besteht nur eine geringe Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung jenseits von Karriere-Ambitionen (ca. 2%).
- Die Situation in den Parteien ist durch ein weitgehendes Desinteresse an Programmarbeit und Profilschärfung geprägt. Das Prinzip „Catch-all“ geht vor Zuspitzung der Inhalte. Dies ist nicht nur bei der Bewältigung der „Bankenkrise“ zu besichtigen.

¹ Erweiterter Text eines Vortrags beim Demokratieforum der Schader-Stiftung und der Stiftung Mitarbeit am 8.5.2013 in Darmstadt.

- Die Willensbildung innerhalb der Parteien erfolgt von „Oben nach Unten nach Oben“, die Steuerung der Personalpolitik und Nachwuchsrekrutierung durch regionale „Patriarchen“
 - Auf „offene“ Entscheidungs-Situationen wird zu Gunsten von internen Vorabklärungen verzichtet (nicht nur bei den gesteuerten Listenaufstellungen für zentrale Mandate).
 - Parteien reagieren nur noch auf die Vorgaben und Stimuli von Medien-Inszenierungen und die Dauer-Erregung der Bürger und Bürgerinnen, die als markantes Navigationsmodell die Positionsbildung innerhalb der Parteien steuern. Auf eigene Akzente, die aus der Besichtigung der Realität und infolge von echten Dialogen entstehen, wird weitgehend verzichtet.
 - In den Parteispitzen breitet sich weitgehend eine „warlord-Kultur“ aus (vgl. das SPD-Führungs-Triumvirat)
 - Es gibt eine zunehmende Bereitschaft intern scharfe Sanktionen durchzusetzen (Vgl. „System Merkel“ – Röttgen-Rücktritt; Modell „Seehofer“ – „Verwandten-Affäre“ u.a.)
 - Die Illusion des „Primats der Politik“ wird zelebriert, um Legitimationsreserven zu stabilisieren; der wachsende Einfluss von Finanzmarkt-Akteuren, mächtigen Lobby-Organisationen und forcierten Medien wird ausgeklammert oder abgeschwächt.
 - Viele Politiker kennen ihre geringen Gestaltungs-Spielräume und kleine Fluchten sowie ihre Abhängigkeit etwa vom „Demokratie-Modell-Europa“; sie wagen aber nicht, alle Konsequenzen aus ihrer „Unmündigkeit“ auszudeuten und „granteln“ stattdessen intern über die Blockaden, ohne sie beherzt anzugehen.
 - Politiker stehen unter verschärfter öffentlicher Beobachtung und wagen nichts mehr, weil sie sonst „abserviert“ werden; deshalb besteht heute die höchste Qualifikation in der Risikominderung bei öffentlichen Stellungnahmen, Entscheidungen und Positionierungen. Gefragt ist heute das Politiker-Modell des „diplomatischen Mitläufers“.
- 3. Die Bürger sind heute zunächst „Konsumbürger“, die sich zuerst für ihr privates Glück und bei direkter Betroffenheit (Fluglärm, Studiengebühren**

etc.) engagieren, aber gleichzeitig hohe Ansprüche an die Politik anmelden. Die Hoffnungen „gehört zu werden“, sind gering:

- Insbesondere beim sogenannten Prekariat herrscht politische Apathie. Dies wird auch bei der Wahlbeteiligung am Hamburger Bürgerentscheid über die Schulreform 2010 sichtbar, an der sich auffällig wenig das Prekariat beteiligte.
- In der Finanzmarktkrise hat sich kaum relevantes Protestpotential entwickelt – (Vgl. Occupy-Illusion, attac-Schwäche, überschaubare Beteiligung an Demonstrationen) auch weil Gewerkschaften, Sozialdemokratie und Grüne durch ihre „Ja-Aber-Politik“ gefangen sind.
- Die Engagementzahlen im Ehrenamt werden vom Staat beschönigt. Die Engagementquote, also der Anteil freiwillig Engagierter, beträgt bundesweit lediglich 34 Prozent. (Vgl. Alarm der ausgebrannten Feuerwehren, Trainer-Misere in Sportverbänden, Minimal-Engagement der Studentenvertretungen, Vakuum in der Sozialbetreuung bei Migranten, Alten).
- Die „Aktive Bürgerschaft“ als Narrativ der Politik ist lediglich eine perfekte Inszenierung einer Politik-Wohlfühl-Kulisse und eine Kontrastfolie zur gepflegten „Zuschauer-Demokratie“. Engagement-Politik ist ein Wellness-Begriff, der in der politischen Praxis keine Bedeutung hat. In der marktkonformen Demokratie sind Engagierte Störfaktoren, die Zivilgesellschaft steht faktisch im Kontrast zur Logik der Parteiendemokratie. Je konkreter der Wunsch nach Beteiligung artikuliert wird, umso deutlicher wird die nur mühsam verleugnete Ablehnung.
- Lediglich Engagement auf Grund unmittelbarer Betroffenheit im Nahbereich entfaltet Wirkung. (Fluglärm, Stuttgart 21, etc., vgl. Studie des Göttinger Instituts für Demokratieforschung zu Bürgerprotesten). Deliberation („Politik des Gehörtwerdens“) dient nur als Begleitmusik zur Parlamentsfolklore.

4. Nichtwähler, Protestwähler und Bürger, die die etablierte Politik „hassen“, sind Ausdruck der tiefen Kluft zwischen der von Parteien geprägten Politik und der Bürgerschaft.

- Stimmungsbild zur Demokratieentfremdung in Deutschland –FES-Studie, 2008:

37 % Die Demokratie funktioniert „weniger gut/schlecht“.

32 % - Die Demokratie kann unsere Probleme nicht lösen.

25 % - Mit der Demokratie habe ich nichts zu tun.

- Die Vertrauenswerte in die Politik sind vernichtend. Dies bestätigen mehrere aktuelle Studien. Die etablierte Politik kalkuliert mit ein, dass 30% der Bürger nicht wählen und auch keinen Sinn mehr in Wahlen sehen.
- Ein erheblicher Teil der Unterschicht und der unteren Mittelschicht wird aus der Wahlarena strukturell abgespalten. Das untergräbt die Legitimationsgrundlagen der Demokratie und führt zu „amerikanischen Verhältnissen.“ Die politische Herausforderung, diese Gruppen in das politische Leben zu integrieren, steht nicht einmal auf der Tagesordnung der „etablierten Parteien“ (vgl. Studie Dr. Armin Schäfer, 2009). Die Nicht-Beteiligung des unteren Drittels der Gesellschaft ist bei den Eliten mittlerweile „eingepreist“ und findet nicht einmal die Beachtung der stimmungssteuernden Demoskopien.

5. Die von Oben gelenkten Parteien sind vor allem mit sich selbst beschäftigt und zu schwach in der Bürgerschaft verankert.

- Die Parteien nehmen die wichtigen Signale und Problemanzeiger nicht mehr (rechtzeitig) wahr. Die Anliegen der Bürger werden nicht mehr (frühzeitig) in den politischen Prozess eingespeist, übersetzt und verarbeitet. Dies ist aber die zentrale Funktion und verfassungsrechtliche Legitimationsquelle der Parteien, die ihre Sonderstellung bezogen auf die politische Willensbildung gründiert. Die Macht der „Cliquen und Claquere“ wird nicht thematisiert.
- Dr. Norbert Röttgen (CDU) sieht deshalb die Legitimation der Parteien gefährdet.
- Prof. Dr. Norbert Lammert (CDU) sieht die Gefahr der „Entparlamentarisierung des Parlaments.“
- Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ihm wurde geraten „jemand politisch hinzurichten.“ Das sollte seine Karriere befördern. (SZ 19.4.2013) Wer im Merkel-Küchenkabinett als potentieller Informant für die Medien auffällt oder verdächtigt wird, erhält keine Einladungen mehr.

6. Die Parteien haben aus dieser Lage Konsequenzen gezogen und sich intern Parteireformen mit dem Ziel der Öffnung und stärkeren Partizipation verordnet.

- Alle „Reformen“ sind Reaktionen auf eine Notlage; sie sind technokratisch gedacht und stoßen auf erheblichen Widerstand, u.a. auf der Funktionärebene, für die jedes noch so bescheidene Beteiligungs-Element ein Stück Macht- und Einflussverlust bedeutet
- Keine der angedachten Reformen wird kontinuierlich und konsequent vorangetrieben, sondern lediglich „abgearbeitet.“ Kein Parteiführer macht die Parteireformen zur eigenen Sache. (Vgl. Tobias Mörschel/Christian Krell (Hrsg.), Demokratie in Deutschland, Wiesbaden 2012, hier: Heiko Maas, S. 199 ff)
- Reformen sind gespeist aus einer Anpassungspflicht, nicht aus innerer Überzeugung.
- Diese Haltung ist durchaus rational: denn ein Mitgliederzulauf und eine Forcierung wirksamer direktdemokratischer innerparteilichen Prozeduren würde einen großen Teil der amtierenden Eliten wegspülen und die „gelernte Kultur“ innerparteilicher Willensbildung von Oben grundsätzlich in Frage stellen.
- Statt wirksamer Beteiligung wächst das Set symbolischer Beteiligung. (Vgl. town hall meetings, Programm-Mitwirkung von Zufallsgruppen, Befragungen etc.)
- Der Erfolg von direktdemokratischen Volksabstimmungen und Volksbegehren ist hoch umstritten, da in der Tendenz damit der Einfluss privilegierter Akteure (upper class) und von interventionstarken Medien verstärkt wird.
- Kein Bonus und keine aktive Suche nach Seiteneinsteigern – gemeint sind junge und unkonventionelle Akteure, die ohne klassische „Ochsentour“ für interessante Positionen bereitstehen. Sie bedrohen die Klasse der Funktionäre und des Mittelbaus, die ihren Einfluss durch kritischen Sachverstand schwinden sehen.
- „Demokratie als Lebensform“ bleibt anstrengend und hat vor allem hohe Zeitkosten. „Macht ist die Schaffung von Ungewissheitszonen.“ Partizipation und wirksame Beteiligung klärt Ungewissheit und entpuppt sich als Störfaktor.
- Die sogenannte „Zivilgesellschaft“ wird als Konkurrent / Gegner im Spiel um Macht und Einfluss wahrgenommen.

- Dauerhaftes Engagement (in Parteien) ist nur durch dauerhafte Betreuung und Begleitung möglich (Studie SPD Mecklenburg-Vorpommern)
- Bürger neigen dazu, Verantwortung zu delegieren und ihre Forderungen lediglich zu adressieren. (Vgl. Verdrängung des Themas „Rechtsextremismus“: NSU-Fokussierung vs. Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft)

7. Parteireformen sind im wesentlichen Kosmetik und Palliativmittel.

- Die Bereitschaft zu effizienten Veränderungen und einer neuen, diskursiven Machtarchitektur unter Beteiligung der Zivilgesellschaft besteht nicht, weil sie Machtverlust und kulturelle Veränderungen erfordern würde, die anstrengend sind *und* keinen sicheren Erfolg garantieren.
- Bereits vor 20 Jahren war eine CDU-Arbeitsgruppe mit ihren Vorschlägen zur Parteireform weiter als die CDU heute. Alle Initiativen für „Parteireformen“ haben heute im Wesentlichen eine Placebo-Funktion.
- Alle Praxisstudien belegen: *Wenn* sich jemand dauerhaft engagiert, steigen – bezogen auf das konkrete Politikfeld- die Erwartungen an die konkrete Umsetzung von Reformen in einzelnen Politikfeldern enorm. (Vgl. Bertelsmann-Kongresse)
- Entscheidungsprozesse verlangsamen sich und kosten viel Zeit.
- Entscheidungen (vgl. Hamburger Bürgerentscheid zur Schulpolitik) sind unberechenbar und unvorhersehbar. (Koalition von lokalen Eliten *und* lokalen Monopol-Medien)
- Dies irritiert die Maschinisten in der „Kalkulationsmaschine“ Politik.

8. Parteireformen und Partizipationsversprechen werden folglich nur als Simulation von Öffnungsprozessen präsentiert.

- Es gibt für die etablierte Politik bislang kein wirksames „incentive“ diesen Blockade-Kurs tatsächlich zu ändern.
- Internationale Erfolge auf dem Gebiet Partei- und Demokratiereformen werden nicht adaptiert. So bleiben neue Beteiligungsmodelle wie z.B. Bürgerräte in

Österreich oder die Wahlprogramm-Abstimmung bei den Grünen „Insel-Lösungen“ mit erstaunlich wenig Impulskraft.

9. Zu dieser Simulation gehört die Ausdehnung der Politik „des Gehörtwerdens“ als Ersatz für wirksame Reformen. Themenkonferenzen (Winfried Kretschman), Regionalkonferenzen (Angela Merkel), Chats (alle), Facebook/Twitter/Google-Hangouts (fast alle) haben zunächst eine Ventilfunktion.

- Dieser Mode-Trend der „Simulations-Beteiligung der Zivilgesellschaft“ wird sich fortsetzen und vertiefen, da viele eher passive Bürger (noch) mit dem „Gehörtwerden“ zufrieden sind. Sie wissen, dass Mitwirkung nicht umsonst zu bekommen ist und Anstrengung fordert.
- Folge: Wer über neue Dialogformen das „Gehörtwerden“ glaubwürdig inszenieren kann, wird erfolgreich sein.
- Die Bürger sind zufrieden, wenn die Kanzlerin bei einem Talk der Fachzeitschrift „Brigitte“ über das Schweigen, ihre Schlafgewohnheiten und ihr Einkaufsverhalten spricht. (Das Private wird in der Politik noch wichtiger, weil Strukturen anonym und abstrakt sind)

10. Alle Faktoren gehen in Richtung „Postdemokratie“, in der eine (anonyme) Expertokratie im Verbund mit mächtigen Lobbys und steuerungswilligen Medien den Ton angeben.

- Eine schwache, verachtete Politik ist hier hilfreich, um eigene Spielräume auszubauen. (Vgl. Kampf um die Vormachtstellung zwischen Medien und Politik)
- „Es ist mein fester Eindruck, dass die Medien im Ringen mit der Politik inzwischen klar die Oberhand gewonnen haben.“ (Wolf von Lojewski)
- „Die Medien produzierten zwar unablässig Schlagzeilen, Politik und Gesellschaft aber keinen wirkungsvollen Widerstand.“ (Hans-Ulrich Jörges, in: stern 28/2013 vom 4.7.2013)
- Selbst amtierende Spitzenpolitiker wissen dies, sie handeln aber nicht. Ihre Konsequenz: Fehlervermeidung, d.h. nichts sagen, was (absichtlich)

missinterpretiert werden könnte. (z.B. Kanzlergehalt, Pino Grigio, Sportunterricht für Muslime, Clowns – Peer Steinbrück)

11. Erregung und Empörung ersetzen Beteiligung und Mitwirkung.

- Über Ehefrauen als Mitarbeiterinnen von Landtagsabgeordneten kann man sich trefflich aufregen; dann muss man sich nicht mit der ungezügelten Macht der Banken und Finanzmärkte beschäftigen. Das Losverfahren bei der Vergabe von Presseplätzen im NSU-Prozess bringt die Emotionen in Wallung; dann muss man sich nicht mehr mit dem Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft als zentrales Problem beschäftigen.
- **Als Fazit lässt sich festhalten: Erregung ersetzt Beteiligung.**

12. Die klassische Information -und damit die Wirksamkeit der politischen Kommunikation- wird überschätzt.

- Selbst abgeklärte Informationen bleiben folgenlos. Künftig müssen mehr Erfolgsgeschichten von erfolgreichen Projekten erzählt werden. Das storytelling ist ein politisch radikal unterschätztes Instrument. Erfolgsgeschichten können Sinn vermitteln und den Funken überspringen lassen.

13. Lösungspfade im Dschungel des Unmöglichen:

Langfristig werden nur noch die Politiker reüssieren, die es verstehen, den aktiven (kleinen) Kern der Gesellschaft in Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse der Politik wirksam zu integrieren. Das heißt: Sie müssen eine positive Grundhaltung zu den Wirkungskräften der Zivilgesellschaft entwickeln. Dies setzt aber einen neuen Typ von Politiker *und* einen neuen Typ von Aktivbürger voraus. Und dafür wäre ein fundamentaler Kulturwandel erforderlich, der wiederum unwahrscheinlich ist.

Zwischenlösung:

Als Lösungsalternative bietet sich eine Politik der kleinen Schritte. Dies erfordert eine Erprobung von wirksamen Beteiligungs-Instrumenten auf der „Baustelle Demokratie“ und eine Erhöhung der Lernkurve im Feld einer „Demokratie als Lebensform.“ Ein weiterer Lösungsansatz beinhaltet die

Ausweitung der praktischen Handwerksarbeit in der Engagement-Politik (vgl. VHS-Kurse zur Freiwilligen-Arbeit) sowie die Vermittlung der Erkenntnis, dass die Parteien von der Öffnung und Beteiligung profitieren können.

Grundidee:

Kommunikation besteht aus Subjekt, Prädikat, Objekt.

Wer macht was, warum? Wenn dies wieder erinnert werden könnte, hätte die verbreitete Eindruckserweckung auch gegenüber der Zivilgesellschaft weniger Chancen.

Wir brauchen ein „Partizipations-Pathos“ und eine „Engagement-Ethik“ verbunden mit einer echten Anerkennungskultur: für diejenigen, die Engagement ermöglichen und für diejenigen, die sich engagieren.

Von Karl Popper kann man lernen: Verantwortung als Leitwert des demokratischen Zusammenlebens ist die zentrale Kategorie. Was heißt das für die sogenannte Zivilgesellschaft? Ihr und den führenden Akteuren muss klar werden, dass die Politik des „Gehörtwerdens“ verbunden mit Ordensverleihungen und Anerkennungs-Ritualen nur als Alibi-Politik zu werten ist. Die Hessische Landesregierung will nun die Förderung des Ehrenamtes als Staatsziel in die hessische Verfassung schreiben lassen. Dieser geniale PR-Streich wird sicher bejubelt werden; aber mehr Demokratie, mehr Mitwirkung und mehr Engagement wird diese Proklamation nicht bringen.

Weiterführend: Thomas Leif, angepasst & ausgebrannt; Politik in der Nachwuchsfalle, München 2009.

Autor Prof. Dr. Thomas Leif, Politikwissenschaftler, ist Chefreporter beim Südwestrundfunk (SWR). Er moderiert dort seit Januar 2009 den wöchentlichen Polit-Talk „2+Leif“. Seit August 2009 ist Prof. Dr. Thomas Leif zudem als Honorarprofessor der Universität Koblenz-Landau tätig.

Kontakt: thomas.leif@faberdesign.de